

BUNDESGERICHTSHOF

IX ZB 763/72

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Blanka P [REDACTED] geb. [REDACTED],
[REDACTED]/Israel, [REDACTED]straße [REDACTED],

Klägerin und Beschwerdeführerin,
- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. [REDACTED],
[REDACTED] -

G e g e n

Land Rheinland - Pfalz,
vertreten durch das Ministerium der Finanzen,
Mainz, Kaiser-Friedrich-Straße 1,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 27. April 1976 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Fuchs, Dr. Thumm und Portmann

beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 5. Zivilsenats - Entschädigungssenats - des Oberlandesgerichts Zweibrücken vom 28. Januar 1972 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten trägt die Klägerin.

Gründe

Die Voraussetzungen für eine Zulassung der Revision gemäß § 219 Abs. 2 BEG liegen nicht vor.

Ob das Berufungsgericht mit Recht das Bezirksamt für Wiedergutmachung in Neustadt/Weinstr., nicht das in Koblenz, für zuständig gehalten hat, gemäß §§ 7, 201 Abs. 1, 203, 204 Abs. 2 BEG seinen Bescheid vom 12. September 1967 zu widerrufen, den Gesundheitsschadensanspruch zu entziehen und die bewirkten Leistungen zurückzufordern, kann das Revisionsgericht nicht prüfen (§ 222 BEG). Das Bundesrecht regelt nur die Zuständigkeit und damit die Passivlegitimation der Länder (§§ 165, 168 BEG). Die Zuständigkeit der

- 3 -

verschiedenen Entschädigungsbehörden eines Landes richtet sich, von der hier nicht interessierenden Ausnahme des § 183 Abs. 1 BEG abgesehen, nur nach Landesrecht (vgl. § 184 Abs. 1 BEG).

Die Erwägungen des Berufungsgengerichts zum Beginn der Widerrufsfrist (§ 203 Abs. 2 BEG) stimmen im Ergebnis mit der von ihm angeführten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs überein. Grundsätzliche Rechtsfragen sind insoweit nicht zu entscheiden. Die Erwägungen des OLG München RnW 1971, 141 mögen berechtigt sein, wenn bestimmte Aufgaben der einzigen Entschädigungsbehörde eines Landes einer anderen Behörde übertragen werden sind. Dies ist hier jedoch nicht der Fall.

Daß für den mit der Widerklage erhobenen Anspruch auf Rückzahlung der Entschädigung für Schaden an Freiheit, die die Behörde in Koblenz zuerkennt und dann auch durch Widerrufsbescheid entzogen und zurückgefordert hat, das Landgericht Koblenz ausschließlich zu-

Hinweis: Auch Teile der Urteilsammlung sind als Datenbank nach §§ 87a ff. UrhG geschützt.



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
(mobile App)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)

ständig gewesen wäre (§§ 212 Abs. 1, 217 BEG, § 33 Abs. 2 ZPO), kann eine Revision nicht rechtfertigen (§ 549 Abs. 2 ZPO, § 209 Abs. 1 BEG). Im Ubrigen stimmt die Entscheidung des Berufungsgerichts über die Widerklage mit BGH RsW 1974, 243 Nr. 9 überein.

Mai

Dr. Thamm